

P R O T O K O L L  
der 369. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 23. Juni 2015
Zeit	19.30 – 20.30 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Beat Schneider
Mitglieder	Anrig Marc, Arn Daniel (19.45 Uhr), Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Fitze Wehrle Barbara, Humm Martin, Jordi Kevin, Kempf Stefan, Mäder Renate, Marti Beat, Raaflaub-Minnig Ruth, Racine Raphael, Reimers Markus, Ritschard Daniel, Rösli Patrick (19.40 Uhr), Schmitter Beat, Schwander Fritz, Senn Katjana, Siegenthaler Muinde Gabriele (19.35 Uhr), Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Jordi Kevin, Schwander Fritz
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Nobel-Zbinden Beatrice, Fürsprecherin (Traktandum 3) Mävers Sebastian, Leiter Hochbau + Planung (Traktandum 3) Schneider André, Geschäftsleiter gbm (Traktandum 4)
Entschuldigt abwesend	GGR: Aebersold Jürg, Damke Andreas, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Kästli Marc, Kneubühler Peter, Legler Bettina, Mallepell Elisabeth, Müller Frei Lisa, von Gunten Adrian
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 8

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. Mai 2015	399
2	Sozialkommission; Ersatzwahl	399
3	Initiative grünBLEIBTgrün; Fristverlängerung	400
4	Gemeindebetriebe Muri bei Bern - Anstaltsreglement; Teilrevision	402
5	Postulat SP-Fraktion - Muri-Gümligen braucht ein Jugendparlament	404
6	Interpellation Wegmüller (SP) betreffend Verhältnis Genossenschaft Bärtschihus - Gemeinde Muri	408
7	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	408
8	Neue parlamentarische Vorstösse	410

Der Vorsitzende eröffnet die 369. Sitzung und stellt die Anwesenheit von zurzeit 27 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die Zuhörer im Saal. Weiter begrüsse er seitens der Verwaltung bzw. als externe Beraterin Frau Beatrice Nobel-Zbinden, Fürsprecherin, und Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, sowie André Schneider, Geschäftsführer gbm.

Er wolle die Sitzung heute mit folgendem Spruch eröffnen: *"Die Sprache ist die Wirklichkeit des Gedankens"*. Es handle sich wieder um ein Zitat von Karl Marx.

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### **1 Protokoll der Sitzung vom 19. Mai 2015**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **2 Sozialkommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den per 8. April 2015 zurückgetretenen Raphael Racine schlage die SP Muri-Gümligen Abdelmajid Bar, Thunstrasse 9, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

##### Beschluss

Abdelmajid Bar wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Sozialkommission gewählt.

### 3 Initiative grünBLEIBTgrün; Fristverlängerung

Der Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung würden Frau Beatrice Nobel-Zbinden, Fürsprecherin, sowie Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, zur Verfügung stehen.

Beat Wegmüller führt aus, die GPK habe sich intensiv mit dem Vorgehen und den Terminen dieser Fristverlängerung auseinandergesetzt. Vorab müsse man klar festhalten, dass es heute nicht um die Frage gehe, ob man dieser Initiative einen Gegenvorschlag unterbreiten oder die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Volksabstimmung bringen wolle. Es gehe heute ausdrücklich nur um die Frage, ob man die Frist für die Behandlung der Initiative verlängern wolle. Für das Erteilen dieser Fristverlängerung von höchstens 6 Monaten sei ausschliesslich der Grosse Gemeinderat zuständig. Dem Terminplan könne entnommen werden, dass die Volksabstimmung im Juni 2016 stattfinden werde. Dies seien zu diesen 6 Monaten Fristverlängerung nochmals 6 Monate zusätzlich. Dies habe folgenden Grund: Bei der Initiative "grünBLEIBTgrün" handle es sich nicht um eine gewöhnliche Initiative, sondern um eine Initiative, die im Einflussbereich des Baurechts liege; so seien Mitwirkungs-, Auflage-, Vorprüfungs- und Einsprachefristen zu berücksichtigen. Während der Dauer dieser einzelnen Massnahmen stehe die übliche Frist somit still. Damit verlängere sich die eigentliche Frist auf ein Jahr. Die Fristverlängerung sei kein taktisches Manöver, sondern eine folgerichtige Massnahme. Heute hätten die meisten Leute keine Zeit. Eine Fristverlängerung bedeute eigentlich, Zeit zu schenken. Zeit schenken sei das Vornehmste, was man tun könne. Deshalb schenke das Parlament dem Gemeinderat und sich selbst Zeit. Es sei aber wichtig, dass man die geschenkte Zeit sinnvoll und effizient nutze. Die GPK habe einstimmig beschlossen, dieser Fristverlängerung zuzustimmen und bitte den Rat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er danke vorab dem GPK-Sprecher für seine klaren Worte und dem Rat – falls der Antrag angenommen werde – für das Geschenk. Wie richtig ausgeführt worden sei, beantrage der Gemeinderat heute einzig die Verlängerung der Frist für seine Antragstellung an das Parlament, wie dieses zu Händen des Stimmvolks über die Initiative entscheiden solle (Annahme, Ablehnung, Gegenvorschlag). Eine inhaltliche Stellungnahme zur Initiative habe der Gemeinderat mit seinem Verlängerungsantrag nicht abgegeben. Der Gemeinderat werde eine solche in den kommenden Wochen in Kenntnis der Ergebnisse der vier Werkstattgespräche erarbeiten mit dem erklärten Ziel, dem Parlament seinen Antrag an der Sitzung vom 18. August 2015 zu unterbreiten. Dazu gehöre auch das Ergebnis der gemeinderätlichen Abklärungen zu einem möglichen Gegenvorschlag. Und es sei ja dann Sache des GGR, über einen allfälligen Gegenvorschlag Beschluss zu fassen. An der gleichen Sitzung wolle der Gemeinderat das Parlament ebenfalls zum Räumlichen Leitbild begrüßen, bevor er dieses in die Mitwirkung gebe.

Er habe eine Präzisierung zum Terminplan anzubringen: Auf Seite 3 der Botschaft sei im Raster September-Oktober 2015 das "Mitwirkungsverfahren Räumliches Leitbild" einerseits grün hinterlegt und andererseits blau hinterlegt worden. Es seien zu viele Farbcodes verwendet worden; nur "Mitwirkungsverfahren Gegenvorschlag" sollte blau hinterlegt sein, der Rest weiss. Inhaltlich würden zwar das Räumliche Leitbild und die Antwort zur Initiative "grünBLEIBTgrün" den gleichen Gegenstand betreffen. Dies sei auch der Grund, weshalb der Gemeinderat mehr Zeit zur Erarbeitung seines Antrags betreffend den Umgang mit der Initiative haben möchte. Formell aber seien das Räumliche Leitbild und die Initiative zwei unterschiedliche Gefässe, die je einem eigenen Prozedere unterliegen würden. Dies erkläre auch, dass das Räumliche Leitbild dem Stimmvolk nicht zur Genehmigung unterbreitet werden könne; es fehle – wie in der Botschaft ausgeführt – die reglementarische Grundlage, sowohl auf Gemeinde-

als auch auf kantonaler Ebene. Die Initiative sei zwingend dem Stimmvolk zu unterbreiten und wenn der Rat dem Fristverlängerungsantrag zustimme, ergebe sich nach heutigem Wissensstand – mit oder ohne Gegenvorschlag – eine Abstimmung im Juni 2016. Für den Terminplan sei Frau Beatrice Nobel-Zbinden beigezogen worden. Frau Nobel sei Anwältin, habe aber lange als Gemeindeschreiberin bei der Gemeinde Köniz gearbeitet und Köniz sei auch eine initiativerprobte Gemeinde, die mit Terminen und Überlagerungen zwischen Initiativrecht und Planerlassverfahren einen Konsens finden müsse.

Entgegen der Berichterstattung in den Lokal-Nachrichten und auch im BUND finde aber keine Abstimmung über die Ortsplanung bzw. über das Räumliche Leitbild statt. Im Sommer 2016 werde einzig über die Initiative – mit oder ohne Gegenvorschlag – abgestimmt. Es sei aber klar, dass das Räumliche Leitbild sicherlich viele inhaltliche Inputs zur Initiative im Abstimmungskampf geben werde. In diesem Sinn bitte er den Rat, die beantragte Fristverlängerung zu gewähren, damit der Gemeinderat noch fundiertere Entscheidungsgrundlagen für den Umgang mit der Initiative vorlegen könne.

Eintreten wird nicht bestritten.

Daniel Ritschard erklärt, die SP-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats. Sie sei gerne bereit, dem Gemeinderat und damit auch dem GGR das Geschenk von zusätzlicher Zeit zu machen. Sie sei sogar der Meinung, dass alles andere unverantwortlich wäre. Im gegenwärtigen Stand der Planung sei deutlich geworden, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein Anrecht darauf hätten, mehr darüber zu wissen, was der Hintergrund der Planung sei, was im Verlauf der Werkstattgespräche diskutiert worden sei, Optionen zu kennen, die sich ergeben hätten; in welcher Form auch immer dies dann gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger publik werde. Es gebe unter Umständen für das gleiche Ziel – eine wohnliche Gemeinde, die mit Ressourcen sorgfältig umgehe – verschiedene Wege, verschiedene Möglichkeiten und verschiedene Optionen, die man sich offen halten müsse. Ohne gross inhaltlich auf die Initiative einzugehen, da wir wirklich noch nicht an diesem Punkt angelangt seien, wolle er trotzdem ein Beispiel ausführen: Wenn wir möchten, dass in unserer Gemeinde in Zukunft auch Familien mit Kindern und Leute, die im unteren Bereich der Lohnskala eingereiht seien, passenden und zahlbaren Wohnraum finden könnten, wenn wir nicht möchten, dass wir einfach ein Altersheim oder eine Alterssiedlung für höheres Kader und Chefbeamte werden, so müssten wir für zukünftige Entwicklungen Optionen offen haben und diese den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern auch aufzeigen können. Deshalb unterstütze die SP-Fraktion den gemeinderätlichen Antrag und bitte den Rat, ihm ebenfalls zu folgen.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe an ihrer Fraktionssitzung nach längerer und intensiver Diskussion beschlossen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und der Verlängerung der Frist zuzustimmen. Aufgrund der vom Gemeinderat skizzierten Rechtslage erachte die FDP die Verlängerung als sachgerecht, weil so die Erkenntnisse der soeben durchgeführten Werkstattgespräche vertieft und ohne markanten Zeitverlust ausgewertet und eingearbeitet werden könnten. Aus Sicht der FDP/jf-Fraktion würde bei einer Nichtverlängerung die Gefahr bestehen, dass der vom Gemeinderat im Rahmen der strategischen Ortsplanung gewünschte integrative und ergebnisoffene Prozess unnötigerweise torpediert würde. Daran könne im Prinzip niemand ein Interesse haben. Der Terminplan zeige, dass die Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben werde, sondern dass der Gemeinderat nach den Sommerferien im August mit dem Thema wieder an den GGR gelangen werde. Er möchte aber auch erwähnen, dass seitens der FDP/jf-Fraktion die Zustimmung zur Verlängerung mit einer entsprechenden Erwartungshaltung verbunden sei. Aufgrund der Erfahrungen aus den beiden vom Souverän abgelehnten Ortsplanungsrevisionen müsse der zur Verfügung stehende Zeitrahmen kreativ und intensiv genutzt werden.

Letztlich entscheide der Souverän über die Initiative und wenn man die Vergangenheit anschaut, handle es sich dabei um eine offene Sache. Er bitte deshalb den Gemeinderat, dies bei der Vorbereitung der nächsten Sitzung in seine Überlegungen einzubeziehen.

Gabriele Siegenthaler Muinde erklärt, die Haltung der forum-Fraktion zu diesem Geschäft dürfte für die Ratsmitglieder kaum eine Überraschung sein. Sie habe sich mit ihrer Motion klar positioniert und einen Gegenvorschlag zur Initiative "grünBLEIBTgrün" eingefordert. Dies bedeute folgerichtig auch eine Fristerstreckung und das forum unterstütze den Antrag des Gemeinderats. Sie wisse, dass heute nicht der Zeitpunkt für eine Bilanz aus den Werkstattgesprächen sei. Trotzdem wolle sie 2, 3 Punkte herausfischen, die auch in der forum-Motion angesprochen worden seien. Einerseits sei die Frage aufgeworfen worden betreffend Brücken bauen bzw. Dialogangebot, um damit wieder eine Dynamik einzubringen in die Diskussion innerhalb der Bevölkerung. Da möchte sie dem Gemeinderat "ein Kränzlein winden". Die Werkstattgespräche seien eine gute Plattform gewesen, um dies aufzugleisen; es habe ein Dialog stattgefunden, es habe einen Austausch gegeben und es sei wieder etwas in Fluss gekommen. Ein zweiter Punkt, den das forum eingebracht habe, sei, dass das forum der Meinung gewesen sei, es brauche Platz für grundlegend neue Überlegungen und Ansätze. In diesem Punkt sei sie etwas weniger sicher, ob die Werkstattgespräche dies unter dem Strich wirklich geboten hätten und sie würde sich über eine kritische Diskussion darüber freuen, inwiefern es gelungen sei, inhaltlich gemeinsame Positionen zu erarbeiten, die auch im weiteren Prozess als Grundlage dienen würden. In diesem Sinn wäre das forum froh, wenn die Bauverwaltung die Spurgruppe, die einmal ins Leben gerufen worden sei und die eine erste Sitzung abgehalten habe, wieder reaktivieren würde, damit man die Fragestellungen und Beurteilungen aus den Werkstattgesprächen gemeinsam an die Hand nehmen könnte. Das forum wäre jedenfalls interessiert an einem derartigen Vorgehen und bedanke sich bereits bestens.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Beat Wegmüller noch von Thomas Hanke verlangt.

#### Beschluss (einstimmig)

Gestützt auf Art. 83 Abs. 3 des Reglements über die politischen Rechte wird die Frist zur Antragstellung des Gemeinderats zur Volksinitiative "grünBLEIBTgrün" um sechs Monate, d.h. bis am 24. Dezember 2015, verlängert.

Diese Frist verlängert sich um die Dauer eines allfälligen Stillstands gemäss Art. 83 Abs. 4 Reglement über die Politischen Rechte (Auflage der Initiative, Vorprüfung und Auflage eines allfälligen Gegenvorschlages).

#### **4 Gemeindebetriebe Muri bei Bern - Anstaltsreglement; Teilrevision**

Der Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe André Schneider, Geschäftsleiter gbm, zur Verfügung.

Jürg Stettler führt aus, auch bei diesem Geschäft habe sich die GPK viel Zeit genommen; mehr als er erwartet habe. Man sei manchmal etwas darüber gestolpert, was nun eigentlich eine Liberalisierung sei und was nicht. Schlussendlich sei es aber ganz einfach: Es gehe hier darum, dass die gbm eine moderne, neue Rechnungslegung habe; um nicht mehr und nicht weniger. Deshalb empfehle die GPK ein-

stimmig, das Geschäft so anzunehmen, mit der kleinen Ergänzung im Beschluss: "... wird *per* 1.1.2016 erlassen".

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus (Text verlesen durch Patricia Gubler), er habe einige zusätzliche Erläuterungen zur Teilrevision:

- Das Parlament werde in den zwei statischen Bereichen Wasser und Abwasser auch inskünftig den Gebührenrahmen festlegen.
- In den anderen Tätigkeitsfeldern der gbm – Telecom, Gas und Fernwärme – sei es Sache der Unternehmung, die Gebühren und Preise festzulegen. Hier spiele der Markt!
- Mit der Zustimmung zu dieser Teilrevision werde den gbm die Möglichkeit gegeben, ab nächstem Jahr die Rechnungslegung nach privatrechtlichen Grundsätzen, sprich nach OR, zu machen. Dafür habe der Gemeinderat den gbm grünes Licht gegeben. Aber – und dies sei wichtig – der Gemeinderat wünsche, dass keine weiteren Reglementsbestimmungen angepasst würden.
- Die Notwendigkeit dieser Reglementsanpassung und somit die Änderung der bisherigen Rechnungslegung nach HRM liege vor allem darin, dass diese nach privatrechtlichen Grundsätzen einfacher und zeitgemässer sei. Auch mit HRM2 hätten Versorgungsbetriebe wie die gbm Mühe; sie müssten ein marktgerechteres Modell haben.
- Der von den gbm mit der Ausformulierung beauftragte Rechtsanwalt habe darauf hingewiesen, dass unter anderem die Wiederbeschaffungswerte für die Werke Wasser und Abwasser gemäss kantonalem Recht berücksichtigt werden müssten, deshalb auch die entsprechende Formulierung in Art. 24.

Zusammengefasst heisse dies:

- Den Tarifrahmen für die Bereiche Wasser und Abwasser lege nach wie vor der GGR fest.
- Die Spezialfinanzierung – also der Wiederbeschaffungswert – der Werke im Bereich Wasser und Abwasser erfolge nach kantonaler Gesetzgebung.
- Die finanzrechtlichen Vorgaben würden nur für die Bereiche Abwasser und Wasser vorliegen, beim Rest handle es sich um den liberalen Markt.
- Eine Gemeinde sei nicht verpflichtet, Gas, Telecom und Fernwärme anzubieten. Unsere Gemeinde sei aber froh, dass dies die gbm machen würden.

Er ersuche den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und der Teilrevision des Anstaltsreglements der Gemeindebetriebe Muri bei Bern zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende erklärt, er schlage folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Für die Detailberatung schlage er vor, explizit durch die veränderten Artikel und Abschnitte zu gehen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Beat Marti erklärt namens der forum-Fraktion, die gbm seien ein wichtiger Partner in unserer Gemeinde. Die von den gbm erbrachten Leistungen seien flächendeckend für alle Einwohnerinnen und Einwohner von grosser Wichtigkeit. Ob es sich um Wasser, Gas oder Telekommunikation handle, wir seien bisher durch die gbm immer gut bedient worden. Für uns seien die gbm ein nicht wegzudenkender Dienstleistungserbringer. Die forum-Fraktion habe das Anstaltsreglement in der vorliegenden Teilrevision beraten und sei zu folgendem Schluss gekommen: Die beantragten Änderungen des Reglements seien nachvollziehbar und in der dargelegten Form richtig. Die forum-Fraktion stimme der Teilrevision des Anstaltsreglements zu, hoffe

aber, dass diese Teilrevision nicht ein erster Schritt zur Loslösung und Privatisierung der gbm sei.

### **Detailberatung**

#### Art. 2, Rechtsfähigkeit

Keine Bemerkungen.

#### Art. 3, Eigentumsverhältnisse

Keine Bemerkungen.

#### Art. 15, Befugnisse des Verwaltungsrats

Keine Bemerkungen.

#### Art. 18, Rechnungsprüfungsorgan

Keine Bemerkungen.

#### Art. 20, Personalvorsorgeeinrichtung

Martin Humm (EVP) erkundigt sich, weshalb "Mitarbeitende" in "Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" geändert werde. Ob es sich um eine neue Mode handle und ob dies nun bei allen neuen Gesetzgebungen "durchgezogen" werde.

Daniela Pedinelli erklärt, der Kanton Bern sehe dies in der Gesetzgebung so vor; es gebe Richtlinien zur Gesetzgebung. Die Gemeinde richte sich nun offenbar immer mehr danach.

#### Art. 21, Grundsatz

Keine Bemerkungen.

#### Art. 24, Rechnung der einzelnen Geschäftsbereiche

Keine Bemerkungen.

#### Seite 15

Keine Bemerkungen.

Das Schlusswort wird weder von Jürg Stettler noch von Christian Staub verlangt.

#### Beschluss (einstimmig)

Die Teilrevision des Anstaltsreglements der Gemeindebetriebe Muri bei Bern wird per 1.1.2016 erlassen.

## **5 Postulat SP-Fraktion - Muri-Gümligen braucht ein Jugendparlament**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie möchte zusätzlich zur ausführlichen schriftlichen Antwort des Gemeinderats zum Jugendparlament noch einige weitere Mitteilungen zur Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen machen. Der Gemeinderat habe an seiner vorletzten Sitzung zwei Pilotprojekte bewilligt. Das erste betreffe das Konzept "Primokiz". Das Konzept "Primokiz" habe zum Ziel, dass Familien mit Kindern im Alter von 0-4 Jahren in der Gemeinde Muri ideal unterstützt würden. Es handle sich um ein Frühförderprogramm, zugeschnitten auf die Bedürfnisse und Rahmendbedingungen der Gemeinde Muri. Wichtig sei die koordinierte

Nutzung bereits vorhandener Angebote wie Familienzentrum, Spielgruppen, Mütter-/Väterberatung, Pädiater usw. Die Ausgangslage und der Bedarf an einem Konzept respektive Pilot "Primokiz" orientiere sich einerseits an langjährigen Beobachtungen von Kindergartenlehrpersonen, wonach die Entwicklungsunterschiede der Kindergartenkinder tendenziell grösser würden und andererseits an der darauf folgenden Situations- und Bedarfsanalyse aus dem Jahr 2013 in Muri bei Bern. Vom Angebot sollten alle Kinder und Familien profitieren, besonders Kinder aus mehrfach belasteten Familien. Damit die Unterschiede beim Kindergarteneintritt nicht zu gross seien, sei es im Interesse einer Gemeinde, solche Angebote für alle Kinder zu fördern, da diese die soziale Durchmischung fördern und eine bessere Integration aller Kinder in die Gemeinde unterstützen würden.

Gerne zähle sie hier kurz die 9 wichtigsten Punkte für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) von der Jacobs Foundation auf:

1. *Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung.*
2. *Kleine Kinder lernen viel, und das spielend.*
3. *Vorläuferfertigkeiten bestimmen den späteren Schulerfolg.*
4. *Frühe Förderung erhöht die Chancengleichheit.*
5. *Frühe Förderung entlastet die Schulen.*
6. *Frühe Förderung fördert die Integration.*
7. *Länder mit FBBE erzielen in der Pisa-Studie bessere Resultate.*
8. *Frühe Förderung zahlt sich aus.*
9. *Frühe Förderung ist Armutsbekämpfung.*

Um all diese Punkte analysieren und schliesslich umsetzen zu können, habe der Gemeinderat das von der Fachstelle erarbeitete Konzept genehmigt, einem dreijährigen Pilotbetrieb (1.1.2016 bis 31.12.2018) zugestimmt und einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 231'000.00 bewilligt. Für die Umsetzung des Konzeptes habe der Gemeinderat eine 30 %-Stelle auf der Fachstelle bewilligt, befristet für die Pilotphase.

Der 2. Pilot betreffe die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA): Bisher habe ein Konzept über die ganze Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen bestanden. Bei der Einführung der Schulsozialarbeit sei für diese ein eigenes Konzept entwickelt worden. Für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit seien nur noch wenig brauchbare Fragmente des alten Konzeptes übrig geblieben. Diesbezüglich habe grundsätzlich ein Handlungsbedarf bestanden. Zur Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit über den Lastenausgleich sei eine Ermächtigung der GEF notwendig. Hierzu müssten aktuelle Grundlagen wie Stellenpläne, Budget, Leitbilder und eben auch aktualisierte Konzepte eingereicht werden. Mit der Verankerung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration würden an die Kinder- und Jugendarbeit sehr hohe Anforderungen gestellt. Diesen werde im neuen Konzept in den Bereichen Integration, Partizipation und auch der Vernetzung mit anderen Angeboten und Institutionen innerhalb der Gemeinde Rechnung getragen. Für das neue Konzept brauche es eine Stellenaufstockung während der Pilotphase. Dies sei nötig, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden. Der Gemeinderat habe das von der Fachstelle erarbeitete Grobkonzept genehmigt und auch hier einem dreijährigen Pilotbetrieb, der gleichzeitig mit dem Pilot "Primokiz" starte, zugestimmt und einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 222'000.00 bewilligt. Für die Umsetzung des Konzeptes werde für die Dauer der Pilotphase eine zusätzliche 50 %-Stelle bewilligt. Der Gemeinderat werde noch in diesem Jahr von einem Feinkonzept OKJA Kenntnis nehmen.

Nun habe sie noch eine weitere Information zur Petition für eine kinderfreundliche Gemeinde: Gestützt auf die am 11. Oktober 2013 eingereichte Petition sei seitens der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen eine Standortbestimmung erarbeitet worden,



über welche kinder- und jugendfreundliche Aktivitäten die Gemeinde bereits heute verfüge und welche zukünftig umgesetzt werden sollten. Die Gegenüberstellung des bestehenden Angebots mit den Anforderungen des UNICEF-Labels stelle der Gemeinde ein grundsätzlich gutes Zeugnis aus: In den zehn untersuchten Bereichen (von Verwaltung/Politik über die Angebote auf verschiedenen Schulstufen bis zu Gesundheit, Freizeit und Wohnen) würden zwar einige Lücken bestehen, aber auch etliche Angebote, welche die UNICEF-Anforderungen bereits heute übertreffen würden. Stichworte seien etwa das bestehende "Leitbild für eine kinder- und jugendgerechte Politik", die Umsetzung des neuen Projekts "Primokiz" für den Vorschulbereich, die Schulsozialarbeit oder das überarbeitete Konzept für die "Offene Kinder- und Jugendarbeit" (OKJA). Innerhalb der Gemeinde werde die Koordination dieser Angebote durch die Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen wahrgenommen. Diese Fachstelle sei denn in ihrer Mehrheit auch zum Schluss gekommen, dass mit dem vorhandenen Leitbild bereits eine verbindliche Verpflichtung für eine kinder- und jugendgerechte Politik vorliege. Auch ohne Label bestünden damit in der Gemeinde die Voraussetzungen, um sich mit der Situation von Kindern und Jugendlichen bewusst auseinanderzusetzen und die Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene schrittweise zu realisieren. Gestützt auf die durch Fachpersonen vorgenommenen umfassenden Abklärungen und ihre Einschätzung habe der Gemeinderat beschlossen, auf die Erlangung des UNICEF-Labels für eine kinderfreundliche Gemeinde zu verzichten und die zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Mittel direkt in bestehende und geplante Projekte zu investieren.

Dies seien ihre ausführlichen Informationen zum Bereich Kinder- und Jugendfachstelle gewesen, eine Institution der Gemeinde, die zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen viel leiste und auf welche wir stolz sein dürften.

Der Vorsitzende führt aus, er habe sich gefragt, wie diese Ausführungen direkt mit dem Postulat, welches hier behandelt werde, zusammenhängen würden.

Patricia Gubler erklärt, es sei ihr ein Anliegen gewesen, dem Rat im Gesamten darzulegen, was für die Jugend gemacht werde und es sei ihr wichtig gewesen, ihre Ausführungen bei diesem Traktandum und nicht erst bei den Mitteilungen des Gemeinderats anzubringen.

Raphael Racine (SP) erklärt, eigentlich habe er sich beim Gemeinderat für die zwei, drei Sätze in der schriftlichen Stellungnahme bedanken wollen. Es seien nun mit den mündlichen Ausführungen mehr als zwei, drei Sätze geworden. Er wolle sich selber kurz halten. Eigentlich könne er den Protokollauszug aus der letzten GGR-Sitzung nochmals zitieren, wo er schon beim Traktandum Volksmotion gesagt habe, er sei nicht sonderlich überrascht, höchstens vielleicht etwas enttäuscht, dass die Volksmotion zur Ablehnung empfohlen werde. Dasselbe gelte nun auch für das Jugendparlament. Als er vor 8 Jahren von Worb nach Gümligen gezogen sei, hätte er nicht gedacht, dass eigentlich Worb der ultimative Massstab von politischer Innovation sei. In Worb gebe es die Volksmotion, hier nicht; der Rat habe sie bekanntlich abgelehnt. In Worb gebe es auch schon ein Jugendparlament, hier ebenfalls nicht und er habe befürchtet, dass das Anliegen abgelehnt werde. Der Gemeinderat schreibe unter anderem, das Einzugsgebiet für ein Jugendparlament wäre zu klein. Um wieder auf Worb zu kommen: Worb habe 2'000 Einwohnerinnen und Einwohner weniger, als Muri-Gümligen, habe aber seit 20 Jahren ein Jugendparlament. Offenbar komme es also nicht nur auf die Grösse an, sondern schlussendlich auch auf das Engagement; man müsse Jugendliche eben für etwas begeistern können. Der Gemeinderat schreibe zudem in seiner Antwort, dass bisher von Jugendlichen selber nie die Idee eines Jugendparlaments an ihn herangetragen worden sei. Dies überrasche ihn nicht, da könne der Gemeinderat lange darauf warten; so funktioniere die Arbeit mit Jugendlichen nicht. Er sei überzeugt, dass wenn man Jugendliche fragen würde, ob

sie ein Jugendparlament eine gute Idee finden würden, sehr viele dies bejahen würden. Man müsse die Jugendlichen eben für etwas begeistern können. Er möchte daran erinnern, dass z.B. die Jugendmotion, die wir hier kennen würden, gestützt auf einen parlamentarischen Vorstoss eingeführt worden sei. Vielleicht könne sich der eine oder andere noch daran erinnern, dass die Jungfreisinnigen 1999 diesbezüglich eine Motion eingereicht hätten und das Parlament habe diese überwiesen. Es habe also in Muri-Gümligen durchaus noch Zeiten gegeben, als man den Mut zu innovativen Ideen und zur Einbindung der Jugendlichen gehabt habe. Daher sei es etwas wie ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Jungfreisinnigen, dass sie heute das Jugendparlament gerne unterstützen könnten. Zur Ablehnung des Jugendparlaments – vielleicht auch der Volksmotion, man könnte dies fast ein "Päckli" nennen – durch den Gemeinderat: Er habe manchmal den Eindruck, dass ausserparlamentarische Kräfte in Muri-Gümligen nicht sehr erwünscht seien. Man wolle schliesslich die Harmonie nicht allzu fest durcheinander bringen. Eine Volksmotion oder eben ein Jugendparlament hätten eine Kompetenzverschiebung zur Folge – in Worb gingen CHF 10'000.00 vom Gemeinderat in die Kompetenz von Jugendlichen –, was man offenbar nicht wolle. Der Gemeinderat führe schliesslich aus, er könnte sich einen Jugendrat vorstellen. Die SP-Fraktion nehme diesen Vorschlag gerne auf. Wenn heute das Jugendparlament nicht durchkomme, würde die SP das Projekt sicherlich auf anderen Kanälen weitertreiben und sich zudem überlegen, das Projekt eines Jugendrats in die Wege zu leiten. Er halte am vorliegenden Postulat fest und beantrage, dieses nicht – wie vom Gemeinderat verlangt – abzuschreiben.

Daniel Arn führt aus, die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats, das Postulat zu überweisen und anschliessend als erledigt abzuschreiben. Grundsätzlich sei die FDP/jf-Fraktion aber keinesfalls gegen ein solches Anliegen, denn wenn man hier so in die Runde schaue, würde junger politischer Nachwuchs nicht schaden. Es sei aber wohl nicht zielführend, ein Jugendparlament einzuführen und dann krampfhaft auf die Suche nach jungen Parlamentariern zu gehen. So etwas müsse von unten wachsen und in einem dringenden Bedürfnis gipfeln. Erst dann sei die Zeit reif für ein Jugendparlament und erst dann sei auch sichergestellt, dass es nicht eine Eintagsfliege werde.

Walter Thut erklärt, die forum-Fraktion würde vielleicht nicht gerade sagen, es brauche ein Jugendparlament. Aber der Einbezug der Jugend sei auch dem forum ein Anliegen und diesbezüglich könnte man mehr machen, was vom forum dringend gewünscht werde. Die Argumente der Postulanten seien auch die Argumente des forums und dieses unterstütze die Stossrichtung, auch wenn der Optimismus nicht ganz derselbe sei. Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente spreche von 60 Jugendparlamenten – die Jugendräte seien übrigens mitgezählt – in der gesamten Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein. Dies sei eine stattliche Zahl, die zu beeindruckend vermöge. Wenn man aber am gleichen Ort – beim Dachverband – lese, es würden sich 1'500 Jugendliche politisch engagieren, so sei dies eine gewisse Ernüchterung, sei dies doch gesamtschweizerisch gesehen wenig und relativiere die Bedeutung. Möglicherweise sei das Einzugsgebiet der politischen Gemeinde Muri-Gümligen für ein Jugendparlament tatsächlich zu klein, wie der Gemeinderat in seiner Antwort ausführe und wie er selber versucht habe zu überprüfen. Zollikofen habe nur ein virtuelles Jugendparlament, was unserer Jugendmotion entspreche. Worb habe einen Jugendrat, der im vergangenen Jahr keine Aktivitäten entwickelt habe, wie die BZ am 5. Dezember 2014 berichtet habe. Das Jugendparlament Spiez habe zwar eine Homepage, diese sei aber nicht mehr zugänglich. Im beinahe vier Mal so grossen Köniz seien derzeit 32 von 40 Sitzen im Jugendparlament besetzt. Es sei also wohl nicht ganz einfach, die Jugendlichen zu bewegen. Man spreche beim Jugendparlament von Jugendlichen – 15-, 18-, 20-, 22-Jährige –, die selber initiativ sein sollten, und nicht von jüngeren, von welchen Patricia Gubler gesprochen habe. Das forum werde in der Mehrheit den Antrag des Gemeinderats unterstützen,

wünsche sich aber, dass der Gemeinderat auch an die jüngeren, politisch mündigen Bürgerinnen und Bürger denke und offen und kreativ an die Jungen herangehe.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat SP-Fraktion - Muri-Gümligen braucht ein Jugendparlament wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

## **6 Interpellation Wegmüller (SP) betreffend Verhältnis Genossenschaft Bärtschihus - Gemeinde Muri**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) erklärt vorab, er habe noch eine Bemerkung zum vorherigen Traktandum. Er sei einmal im Jugendparlament der Stadt Bern gewesen; habe zwar in Stettlen gewohnt. Dort sei er eigentlich politisiert worden und nun sei er wohl der Älteste hier im Rat.

Er danke dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation. Vor allem danke er dem Gemeinderat für das Bekenntnis Bärtschihus. Er sei mit der Antwort weitgehend zufrieden. Man könnte fast sagen, es sei eine Volks-Interpellation. Er sei nämlich von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern darauf angesprochen worden. Wenn der Gemeinderat im Sinn der ASP-Motion Treier/ Häusermann/Wegmüller das Parlament frühzeitig in den Prozess einbezogen hätte, wären die Interpellation und die Antwort des Gemeinderats nicht nötig gewesen. Er hoffe jetzt, dass das Bärtschihus eine erfolgreiche Zukunft vor sich habe.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

## **7 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen**

Ballporthalle

Thomas Hanke informiert bezüglich Beschwerde gegen die Abstimmungsbotschaft Ballporthalle von 6 Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde, das Verwaltungsgericht habe bekanntlich am 24. April 2015 die Abweisung der Beschwerde verfügt. Eröffnet worden sei dies am 28. April 2015. Man habe einen Monat abwarten müssen, bis man gewusst habe, ob die Beschwerde ans Bundesgericht weitergezogen werde oder nicht. Sowohl das Verwaltungsgericht als auch das Bundesgericht hätten bestätigt, dass das Verfahren nicht weitergezogen worden sei und die Abstimmung sei damit rechtens. Im Prozedere zur Ballporthalle sei nun einerseits das AGR gefordert für die Genehmigung der Änderung der Überbauungsordnung und andererseits der Regierungsrat für die Bewilligung des Bauprojekts.

Öffnungszeiten der Verwaltung

Thomas Hanke orientiert, der Gemeinderat habe anlässlich seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Öffnungszeiten der Verwaltung während der 5-wöchigen Sommerferien zu ändern. Einerseits, da mit einem reduzierten Kundenverkehr gerechnet werde und andererseits, da man mit den beiden Halbtagen, an welchen die Verwaltung geschlossen sei, den Mitarbeitern ermöglichen wolle, konzentriert zu arbeiten und/oder Überstunden abzubauen. Die Konsequenz sei, dass die Verwaltung am

Mittwoch- und Freitagnachmittag geschlossen, dafür am Dienstag generell bis 18.00 Uhr geöffnet sei. Nach den Sommerferien gehe man in den normalen Rhythmus zurück, mache sich aber Gedanken darüber, die Öffnungszeiten ab Herbst generell zu überprüfen. Es sei ein grosses Bedürfnis vorhanden, dass die Verwaltung einmal länger geöffnet habe, vielleicht über Mittag geöffnet habe oder sogar einmal um 07.00 Uhr am Morgen. Dies müsse man aber noch unter Berücksichtigung aller Abläufe prüfen.

#### Lehrschwimmbecken Melchenbühl

Barbara Künzi erklärt, vor noch nicht allzu langer Zeit habe die Absicht des Gemeinderats, das Lehrschwimmbecken zu schliessen, politisch hohe Wellen geschlagen. Nach intensiven Abklärungen sei der Gemeinderat zum Schluss gelangt, das Lehrschwimmbecken nicht zu schliessen. Sie möchte an den Bericht Infraconsult erinnern, der in den Jahren 2015-2018 mit Investitionen von rund CHF 750'000.00 gerechnet habe. Diese finanziellen Folgen würden sich nun zeigen. Der Gemeinderat habe am 26. Mai 2015 einen Kredit für die Instandstellung der Steuerung des defekten Hubbodens und der Wasseraufbereitung im Gesamtbetrag von CHF 163'000.00 beschlossen. Im Investitionsplan seien CHF 80'000.00 für den Hubboden und CHF 115'000.00 für die Wasseraufbereitung eingestellt. An seiner gestrigen Sitzung habe der Gemeinderat einen weiteren Kredit zur Sanierung des Bodens beschlossen. Der ganze Waschbeton, inkl. "Pilzen", werde entfernt und es werde ein neuer Boden mit zweifacher Wassersperre eingebaut. Der Kredit betrage CHF 240'000.00; im Investitionsplan seien dafür CHF 110'000.00 inkl. Elektroanlagen vorgesehen. Die Beantwortung der Frage, weshalb dies nun doppelt so teuer sei, sei schwierig. Vor ca. 8 Jahren habe man einmal eine Offerte für die Sanierung des damals schon leicht ausgeschwemmten, porösen und schlecht riechenden Bodens eingeholt. Damals habe eine Offerte für eine Versiegelung über CHF 110'000.00 vorgelegen. Aus welchen Gründen das Projekt nicht weiter verfolgt worden sei, wisse sie nicht und habe dies auch nicht nachvollziehen können; vermutlich seien es Spargründe gewesen. Heute könne man den Boden nicht mehr versiegeln, da er zu schwammig sei; man müsse den ganzen Boden entfernen. Die Arbeiten würden während der Sommerferien ausgeführt, wenn das Bad geschlossen sei. Der "Verschönerungsverein" werde dann auch noch hingeschickt für übrige Arbeiten, aber vermutlich erst im nächsten Jahr.

#### Fachstelle Gesundheit im Alter; Leistungsvereinbarung

Martin Häusermann führt aus, vor ziemlich genau einem Jahr habe er hier darüber informiert, dass der Gemeinderat beschlossen habe, ein Pilotprojekt für die Fachstelle Gesundheit im Alter zu lancieren. Damals sei man davon ausgegangen, dass die Spitex diese Leistungen anbieten werde. Die Spitex habe jedoch Ende Jahr entschieden, keine Leistungsvereinbarung einzugehen. Mit dem Alterszentrum Alenia habe inzwischen ein neuer Leistungsanbieter gefunden werden können. Der Gemeinderat habe an seiner gestrigen Sitzung beschlossen, eine entsprechende Leistungsvereinbarung zu unterzeichnen. Das Angebot werde nun ab 1. Juli 2015 sukzessive hochgefahren, es dauere vorerst bis Ende 2017 und werde in dieser Zeit Kosten von rund CHF 140'000.00 verursachen. Das Angebot umfasse Wissensvermittlung / Beratung, Begegnung / Aktivierung und Koordination sowie Vernetzung der Angebote. Ziel dieser Fachstelle für Gesundheit im Alter sei, persönliche und soziale Ressourcen für die Gesundheit im Alter zu stärken. Die Lebensweise solle so gestaltet werden, dass sie der Gesundheit und dem Wohlbefinden förderlich sei. Lebensqualität fördern und Risikofaktoren reduzieren; so laute das Motto. Ziel der Altersarbeit sei es auch, die Bevölkerung für altersspezifische Fragen und altersbedingte Veränderungen zu sensibilisieren. Der Gemeinderat sei überzeugt, damit einen Beitrag zur Gesundheitsförderung und Prävention leisten zu können.

## 13 Neue parlamentarische Vorstösse

### Postulat Raaflaub (FDP) betreffend Littering in der Gemeinde

Der Gemeinderat wird gebeten, das Littering-Problem in unserer Gemeinde, unter Anderem entlang der Aare und am Friedrich-Glauser-Weg, anzugehen und einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

#### **Begründung:**

Vorwiegend nach Wochenenden liegt in unserer Gemeinde Müll und Unrat herum, öffentliche Kehrichtkübel sind überfüllt. Koordinierte Aktionen zur Verbesserung der Situation sind unumgänglich.

Um eine nachhaltige Lösung des Littering-Problems zu finden, wäre es zum Beispiel sinnvoll, auch die vermeintlichen Verursacher einzubeziehen. An der Aare sind es nachweislich Jugendliche, welche ihren Unrat nach Festivitäten liegen lassen. Deshalb ist eine Zusammenarbeit von Politikern, Lehrpersonen und Schülern bei der Lösungsfindung zweckdienlich. Schüler könnten bei den Aufräumarbeiten an den neuralgischen Punkten in unserer Gemeinde mithelfen, um durch diese Erfahrung davon abgehalten zu werden, später selber ein Teil des Problems zu sein.

Gümligen, 23. Juni 2015

Ruth Raaflaub

M. Reimers, D. Bärtschi, M. Bärtschi, J. Brunner, D. Ritschard, Y. Brügger, R. Racine, B. Fitze, J. Stettler, F. Burkhard, R. Mäder, W. Thut, S. Kempf, M. Humm, Ch. Spycher, F. Schwander, B. Wegmüller, B. Schneider, P. Rösli, Ch. Grubwinkler, E. Mallepell, R. Sigrist, A. Damke, M. Gubler, P. Kneubühler, A. Bärtschi, G. Siegenthaler, B. Marti, K. Jordi, B. Schmitter, A. Corti, D. Arn (33)

### Einfache Anfrage Kneubühler (FDP) betreffend Visualisierung der Volksinitiative "grünBLEIBTgrün"

Erachtet es der Gemeinderat nicht auch als sinnvoll, dass die Forderungen der Volksinitiative „grünBLEIBTgrün“ samt der von ihr zugelassenen Ausnahmen visualisiert werden?

#### **Begründung:**

Die kommunale Volksinitiative „grünBLEIBTgrün“ fordert, dass die bestehenden Landwirtschafts-, Bauernhof- und Grünzonen bis zum 15. September 2029 keiner anderen Zonennutzung zugeführt werden dürfen. Allerdings sind gewisse Gebiete in diesen Zonen von dieser Forderung ausgenommen. Es handelt sich dabei um zwei Ausnahmen, welche die Initiative klar deklariert.

Im Rahmen der praktisch abgeschlossenen Erarbeitung eines Entwurfs für ein Räumliches Leitbild der Gemeinde Muri b. Bern durch die Firma Metron wurden sehr viele gute Visualisierungen mittels Zonenplan, aber auch via Luftbildaufnahmen vorgenommen und präsentiert. Diese Visualisierungen nahmen in den vier vergangenen öffentlichen Werkstattgesprächen einen bedeutenden Platz ein und hatten dementsprechend auch einen hohen Stellenwert inne.

Da besagter Entwurf eines Räumlichen Leitbilds in einem äusserst engen Zusammenhang mit der vorgenannten Volksinitiative steht, macht es Sinn, dass auch die Forderungen der Initiative samt den von ihr deklarierten Ausnahmen im Zonenplan oder per Luftbildaufnahme visualisiert werden. So kann sich der Grosse Gemeinderat

buchstäblich ein Bild davon machen, welche Zonen und Gebiete in der Gemeinde von den Forderungen der Initiative tatsächlich betroffen wären.

Gümligen, 23. Juni 2015

Peter Kneubühler

## Mitteilungen

Der Vorsitzende führt aus, unter dem Motto "tue Gutes und sprich darüber" informiere er im Namen der Anwohner der Unterführung Melchenbühl und in seiner Funktion als GGR-Präsident darüber, dass der Quartierverein in Eigeninitiative die Unterführung neu gestrichen habe, so dass nun wieder ein sauberer Zustand erreicht worden sei. Die Gemeinde habe das nötige Material bezahlt und er bedanke sich bei allen herzlich.

Ruth Raaflaub verweist auf die auf den Tischen aufliegenden grünen Karten. Gestern habe die Mitgliederversammlung von "Bern NEU gründen" auf dem Gurten stattgefunden. Es wäre wünschenswert, wenn viele Ratsmitglieder diesem Verein beitreten würden. Das Co-Präsidium hätten Hannes Treier und Regula Rytz. Sie habe festgestellt, dass es nicht in erster Linie darum gehe, ein Gross-Bern zu machen, sondern dass man – so wie im Rahmen der Regionalkommission – vermehrt miteinander spreche und einen Verein habe, mit welchem man auf kurzen Wegen an die Gemeinden gelangen könne. Gestern sei vorwiegend über Sportstättenplanung gesprochen worden und sie habe gemerkt, dass viel zu wenig miteinander geredet werde. Sie fordere die Ratsmitglieder auf, sich einen Beitritt zu überlegen und falls sie Mitglied würden, dort auch aktiv mitzumachen.

Der Vorsitzende bedankt sich herzlich für die rege Beteiligung am Ratsausflug von letzter Woche.

Da die Brasserie Mattenhof immer noch geschlossen sei, habe er wieder im Bärtschihus, in der "Burestube", reserviert für ein parteiübergreifendes Ausklingen der letzten Parlamentssitzung vor der Sommerpause.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Schneider

Anni Koch